



Ministerium der Justiz Nordrhein-Westfalen, 40190 Düsseldorf
Präsident des Landtags
Nordrhein-Westfalen
Herrn André Kuper MdL
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN
18. WAHLPERIODE

VORLAGE
18/2890

A14

Seite 1 von 1

02.09.2024

Aktenzeichen
2043E-IV.2/20
bei Antwort bitte angeben

Bearbeiterin: Frau Schade
Telefon: 0211 8792-528

für die Mitglieder
des Rechtsausschusses

44. Sitzung des Rechtsausschusses des Landtags Nordrhein-Westfalen am 4. September 2024

Öffentlicher Bericht zu TOP „Personalmangel im Strafvollzug – Nachfrage“

Anlage

1 Bericht

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident,

als Anlage übersende ich den öffentlichen Bericht der Landesregierung zu dem TOP „Personalmangel im Strafvollzug – Nachfrage“ zur Weiterleitung an die Mitglieder des Rechtsausschusses.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Benjamin Limbach

Dienstgebäude und
Lieferanschrift:
Martin-Luther-Platz 40
40212 Düsseldorf
Telefon: 0211 8792-0
Telefax: 0211 8792-456
poststelle@jm.nrw.de
www.justiz.nrw



**Ministerium der Justiz
des Landes Nordrhein-Westfalen**

44. Sitzung des Rechtsausschusses
des Landtags Nordrhein-Westfalen
am 4. September 2024

Schriftlicher Bericht
der Landesregierung
zu TOP

„Personalmangel im Strafvollzug – Nachfrage“

Unter Bezugnahme auf ihren Berichtswunsch vom 3.5.2024 fragt die FDP-Landtagsfraktion nach einer Analyse der Ist-Situation, die für die „nächste Sitzung vor der Sommerpause“ angekündigt, aber nicht erstellt worden sei.

Dass die „Arbeitsgruppe Dienstplanung“ eingerichtet ist und ihre Auftaktsitzung am 21. Februar 2024 hatte, war bereits Gegenstand des anlässlich der 41. Sitzung des Rechtsausschusses am 3. Mai 2024 (TOP 15, Vorlage 18/2515) übersandten Berichts. Darin heißt es auch, dass „zur Vorbereitung der nächsten Sitzung, die noch vor der Sommerpause stattfinden soll“ - gemeint war die nächste Sitzung der Arbeitsgruppe -aktuell eine Analyse der Ist-Situation erfolge.

Im Rahmen der öffentlichen Sitzung des Rechtsausschusses am 3. Mai 2024 bat Herr Dr. Pfeil das Ministerium zunächst um Vorlage eines Berichts nach der Sommerpause. Hierzu erklärte MDgt'in Ströttchen, dass ein Ergebnis mit Blick auf die erforderliche Harmonisierung von 36 Anstalten frühestens im Frühjahr 2025 vorliegen werde. Hierzu heißt es im Ausschussprotokoll abschließend (APr 18/571, S. 42, TOP 15):

„Auf die Nachfrage von Dr. Werner Pfeil (FDP), ob im Frühjahr ein substanzieller Bericht vorgelegt werden könne, teilt MDgt'in Caroline Ströttchen (JM) mit, dass, wenn dann noch kein Ergebnis vorliege, ein Zwischenbericht erstellt werde.“

Dessen ungeachtet hat die in Rede stehende weitere Sitzung der Arbeitsgruppe am 25. Juni 2024 stattgefunden. Hierbei konnten übergeordnete Ziele und Handlungsfelder identifiziert und formuliert werden. Mit Blick auf die äußerst komplexe Materie sollen zunächst Unterarbeitsgruppen, die ihre Tätigkeit ab September 2024 aufnehmen werden, die einzelnen Themen untersuchen und behandeln. Über die Ergebnisse werde ich zu gegebener Zeit berichten.